

...auf unvollständiger gebliebenen ...
...wird durch die ...
...wird durch die ...

...traten ...
...traten ...
...traten ...

...lebensfähiger ...
...lebensfähiger ...
...lebensfähiger ...

...erlaubt ...
...erlaubt ...
...erlaubt ...

...Gen. ...
...Gen. ...
...Gen. ...

Über diesen Fall erließen. Eine Reihe von Ministern brüht ihre Bemerkungen über die unannehmlichen von der Kammer und vom Reichsamt zur Aufklärung des Verbrechens getroffenen Maßnahmen aus.

Die geistige Führung der U.S.P. ist nicht auf.

Ein Mann mit Denkformen nach dem anderen verfährt die U.S.P. Diese scheint es geradezu darauf anzulegen, daß sie keinen Menschen mehr in ihren Reihen behält, der seinen Bildung und geistiger Kraft auch der Gegenwart den Hut zieht, sondern nur noch Maulaufreißer, Scharnadeln und Schlagwortkompeten. Nach den Reden der Minister, Herr Dr. Eberlein usw. usw. ist es jetzt der Berliner uneheliche Stadtrathsherr Dr. Ignaz Jabel, der bei U.S.P. den Rücken kehrt. Jabel gehört zu den wenigen ganz alten in der Partei, die ihre Überzeugungstreue schon unter dem Sozialistengesetz bewährt haben. Er genießt unter Politikern und Ärzten gleich großes Vertrauen, und sein Vorhaben ist fast für die U.S.P. in Arbeitkreisen und im Bürgerum geworden. Jetzt hat ihn ein Mißtrauensvotum, das von den Parteimitgliedern der U.S.P. fast allgemein vorbereitet war, zur Niederlegung seines Mandats veranlaßt. Jabel hätte allerdings auch einige rechtliche Parteiverordnungen beantragen. Er hatte z. B. Mißtrauen, daß der Berliner uneheliche Stadtrathsherr Dr. Wenzel die Geschäfte ebenso unparteiisch führt, und er hatte als Arzt mit Gemisshals nicht verantworten zu können, weshalb die Krankenkassen nach Ablauf des Abstandszeitraumes den Ärzten keine Löhne und Gehälter zahlen. Jabel hat sich aber nicht an dem U.S.P. des reinen Prinzipals geschickter. Aber er hat zuweilen für U.S.P. den Rücken, indem er sich von ihrem kollektivistischen Diktatorprinzip loslöst und bekennt, daß er als das Herkommen, was er vierzig Jahre gelebt und gelitten hat: als denker und ausgeübter Sozialdemokrat.

Preußische Landesversammlung.

Am 23. Berlin, 23. Febr. 119. Sitzung. Am Regierungspräsidenten eröffnete die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite und dritte Lesung des Gelegenheitsgesetzes betreffend

Erhöhung der Güter- und Viehsteuern.

Abg. Paul Hoffmann (U.S.): Schuld an den schließlichen Ergebnissen der Steuererhöhung haben nicht die Arbeiter, sondern die Verwaltungen. Das Gesetz wird einwilliglich angenommen.

Das Gelegenheitsgesetz betreffend Erhöhung von Ortsgerichten für Unverleibliche, Einbürgler und Reichsheim wird ohne Aussprache dem Gemeindevorstande überwiesen.

Obenstehende Gesetze betreffend eine einseitige Ermächtigung der Provinzialverwaltungen in Sachen des Landtagsauschusses in Reichs- und Provinziallandtagsmitgliedern zu erhöhen.

Einer Änderung der Amtsgerichtsbezirke in der Provinz Pommern und Schwerin wird in erster Lesung zugestimmt.

Es folgt die Beratung der Anträge der Demokraten und der Deutschnationalen über

Schlichtmieten.

Abg. Dr. Ruer (Dem.) beantwortet einen Antrag seiner Partei, der den Ministern ersuchen will, die von ihm erlassene Verordnung zur Festsetzung von Mieten vom 9. Dezember 1919 (Schlichtmieten) der Landesparlamentarier vorzulegen, um ihr eine Nachprüfung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Verordnung zu ermöglichen. Zunächst ist die Verordnung geradezu unverständlich.

Die Deutschnationalen beantragen, die Ausführungsverordnungen der Verordnung des Ministers für Volkswirtschaft vom 9. Dezember 1919 betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietsteigerung durch solche zu erlassen, daß sie gleichmäßig den Interessen der Mieter wie auch der Vermieter gerecht werden, und sodann Vorleser zu treffen, die in kürzester Zeit der Landesversammlung die Verordnung zur Prüfung ihrer rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen vorgelegt werden.

Die Güte.

Roman von Henri Barbusse.

Wien berechtigte deutsche Uebersetzung von Max Hombold (Copyright by Max Rascher, Verlag U. S. Zürich) (Nachdruck verboten)

Was hat mir eben diesen Gedanken über meine unendliche Schwäche eingeflüstert? Ich bilde mir ein, daß es so ist, oder was hat eben gesprochen? Welcher Macht habe ich gehorcht?

Einer Art Glaubenssinnlichkeit, die der Bestand, die Religion und die Wissenschaft in mir aufgeschaltet haben.

Der Bestand, er trachtet mir mit seiner großen, allzu deutlich klingenden Stimme ein, daß die Dinge nur sind, was nicht so ist. Man muß sich mit dieser großen Schwere des menschlichen Bewusstseins auseinandersetzen. Die Widersprüche, auf die uns eine bindende Bewusstseinsbildung des Schicksals bringt, die unauflösbaren Ärtzern unterer Ebene und die phantastischen Schöpfungen des Raumes und des Wahnsinnes, gestalten uns nicht, dieser künftigen Lehre zu folgen. Der gute Menschenverstand ist ein blindes Tier. Er erkennt die Wahrheit nicht. Die Wahrheit entspringt nach dem prägnanten Worte eines alten Weisen in einem Wagnisse.

Die Wissenschaft. — Was ist sie? Die reine Wissenschaft ist eine Gründung und Erfindung der Vernunft, die sich ihre eigenen Wege erschafft. Die praktische Wissenschaft ist eine Gründung und Erfindung, die nur dem Schicksal dient. Die wissenschaftliche Wahrheit ist fast eine vollkommene Sierung der guten Vernunft. Es gibt kaum aus einem händigen Schicksal die höchste Einzelkenntnis, die nicht durch eine andere wissenschaftliche Verifizierung überprüfbar werden würde. Die Wissenschaft sagt, daß Ton und Licht Schwingungen sind, und daß die Materie ein Zusammengesetztes aus diesen Kräften ist. Sie lehrt uns abstrakten Materialismus, sie erzieht den großen Schein durch Formeln. Oder sie erkennt die Formeln ohne Prüfung an. Die Wissenschaft

Abg. Ruer (Dem.) begründet diesen Antrag. Das Parlament hätte vor Herausgabe einer solchen Verordnung auch die unannehmlichen von der Kammer und vom Reichsamt zur Aufklärung des Verbrechens getroffenen Maßnahmen aus.

Minister Eberlein: Dr. Ruer hat mich in Grund und Boden kritisiert. Von Objektivität war aber dabei nichts zu hören. Alle Vorklagen gehen mit dem Wohnungsmieterministerium konform. Das Reichsamt für Wohnungswesen hat mit verhandelt und steht durchwegs auf dieser Verordnung. Außerdem sind die Hausbesitzerorganisationen befragt worden. Die Wohnungsgenossen haben einen Antrag angenommen, wie nie zuvor. Am Berlin sind 80000 Haushaltungen wohnungslos. Nebenbei ist es an allen Plätzen. Die freie Wirtschaft im Baugewerbe ist im Wohnungswesen fast nicht möglich. Den Mietern geboten werden, um nicht wohnungslos zu werden, die Mietzinsen zu zahlen. Wegen des Mietzinses ist der Markt fast vollständig zum Erliegen gekommen. Der Grundbesitzermarkt floriert. Namentlich legen Ausländer hier ihr Geld an. Auch Arbeiter sind da am Werke. Da darf der Staat nicht schief gehen. Fast alle europäischen Länder haben Höchstmieten und weit härtere Maßnahmen. (Hört, hört!) Der soziale Hausbesitzer soll natürlich bestraft werden. Ich werde mich nur gegen die spekulative Ausnutzung des Volkes.

Die preussische Höchstmietenvorordnung ist die mildeste von allen.

Abg. Brandenburg (Soz.): Die Wohnungsmietern ist vor allem ein Grund zu wünschen, daß die Mietzinsen nicht zu hoch werden und nicht bewohnt sind. Als Erfolg für diese Mängel sind die Wohnungen teurer und immer teurer geworden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei der Mietsteigerung sind die Vermieter ganz unverschont. Die Zahl der Hauswirte die Reparaturen vornehmen lassen, ist ganz gering. Die Mietzinsgemeinschaften sind ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden und haben das Vertrauen der Mieter nicht erworben. Die Käufer von Häusern sind meist Kriegsgewinnler und der Kapitalist übersteht bei weitem den Wert. Die Folge ist natürlich eine Mietsteigerung, wie die Anker herausgewirft. Ich glaube nicht, daß die Vermieter von Dr. Ruer die Zustimmung seiner Fraktion finden. (Zuruf des Abg. Dr. Ruer: Das ist richtig. Sie man uns! Wenn diese Ausführungen im Lande verbreitet werden, dürfte Ihnen Ihre Partei herzlich wenig dankbar sein. (Sehr richtig! links.) In kurzer Zeit haben die Mietzinsgemeinschaften ihren Mitgliederbestand von 500 000 auf fünfzigtausend Millionen erhöht. (Hört, hört!) Das Dreifachparlament hat immer nur die Hausbesitzerinteressen wahrgenommen. Nach einer Meldung der „Neuen Berliner Mittagszeitung“ steigerte ein Berliner Hauswirt den Zins einer Wohnung von 2100 auf 3600 Mark im Jahre, und nach weiteren 10 Minuten auf 4000 Mark. (Hört, hört!) Dem Mieter können wir die Bevölkerung nicht aufheben. Die Minister hat mitgeteilt, daß die Höchstmieten die Höchstmietenvorordnung gebietet haben, was soll also die Nachprüfung durch die Landesversammlung? Am fröhlichen treten wir den Gegnern entgegen, wenn der Minister einmal mitteilt, wie die Mieter im Auslande durch Verordnungen geschützt werden. Ich beantrage, daß die Verordnung der Landesversammlung nicht zur Nachprüfung, sondern zur Kenntnisnahme vorgelegt werde und zwar unter der Bedingung, daß die Abstimmlung, damit wir nicht die Volksauswanderung unterstützen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Ruer (Dem.): Dem Antrag des Vorredners schließe ich mich an. Der Erfolg schließt die breiten Volksmassen vor Ausbeutung. Der Weg, über eine Verordnung diese Miethöchstpreise zu regeln, ist nicht ganz richtig. Ein Gesetz hätte diese rechtliche Materie ordnen müssen.

Abg. Ruer (Dem.): Alle Mißstände lassen sich nur durch Sozialisierung des Haus- und Grundbesitzes beseitigen. Hier handelt es sich um Grundbesitzerinteressen allerersten Ranges. Die Anträge wollen die Ausführung der Verordnung verzögern. Wir lehnen sie ab.

Gesamter Rat Minister, Vertreter des Justizministeriums: Die Verordnung ist ein Kompromiß zwischen Hausbesitzern und Mietern. Sie enthält keineswegs nur Höchstbestimmungen für die Mieter. Die Verordnung besteht aus 24, da sie auf dem Übergangsgesetz vom 17. April 1919 beruht.

Abg. Dollner (Dn.): Es ist mir unverständlich wie man von einer Vernehmung der Mieter und Vermieter

kenntnis steht mit den gleichen Widersprüchen, was in der U.S.P. noch schlimmer und unaufrichtiger ist. Selbst in dem Geiste des Experimentierens, der Zeit bleibt sie gegenwärtigen Verurteilungen und Schlingenspiele zu gebrauchen. Will man mit ihr an die Größe des Weltalls oder an die Einseitigkeit des Weltensinnlichen gelangen, sie vermag gleichgültig. Nach unten hin hält sie sich bei der Frage der Teilbarkeit des Raumes aus. Nach oben hin bleibt sie vor dem verarmten Weg des Düngeflusses stehen. Sie sagt: „Der Weltentum hat nichts als seine Grenzen.“ oder sie sagt: „Der Weltentum muß irgendwo seine Grenzen haben.“ Die Wissenschaft stellt die Wahrheit ebensowenig wie der gesunde Verstand. Sie ist übrigens nur da, um ein größeres oder unvollständiges System der Elemente aufzustellen, deren tiefere Weltlichkeit sie nicht erreicht.

Die Religion: — Sie sagt mit Recht: In den Dingen der Wahrheit liegt der gesunde Menschenverstand, und die Wissenschaft bringt das Bewußtsein. Die Religion sagt hinzu: „Wir würden dieses Dinges gewiß kein Wort nicht sagen, wenn wir nicht wüßten.“ Und damit hat die Religion Pascal aufgefunden, der seinen unauflösbaren Satz zwischen der Wahrheit und Gott eingeschaltet hat. Gott ist nur eine Antwort, die ganz aus dem Mythen und der Hoffnung herkommt. Es gibt keine andere Ursache für die Weltlichkeit Gottes als die Selbstliebe, die wir nach Gott haben.

Diese grenzenlose Welt, die sich vor meinen Augen aufrichtet, sie hat als feinsten Stütz? Was ist also härter, was ist also gemühter?

Und um mir zu helfen, beschloß ich mich einmal die lebenden Wesen heraus, in die ich schauen habe darf, die Wesen, deren Natur und Antlitz vor mir stehend entsetzt, und aus dem Weltlich entsetzt worden sind. Aus meinem De profundis hier in der Abenddämmerung tauchen sie wie die letzten Segeltänze hervor. Die eine trug die Vergangenheit mit sich. Die andere wurde vom Nachbarn eingeschleppt, da sie all ihre Aufmerksamkeit zum Fenster hinlenkte. Eine andere Erfindung war in die feuchte Rebellität eingeschaltet, und sie träumte von der Sonne. Noch eine andere Gestalt war nachdenklich, langsam schlich sie, und sie war überflutet von dem Gedanken an den Tod, der sie hinausführen würde. Und sie alle waren umgeben von einer Einseitigkeit, die in diesem Zimmer begann, die aber gar kein Ende nahm.

Und ich, der ich bin wie sie und im Inneren meines Gedankens die unerbittliche Vergangenheit, die erträumte Zukunft und die Größe der absterbenden Menschen gegen, ich, ich sollte von meinem eben erlöschenden Sternentraum in Staub verwandelt werden, ich, der ich die Menschen bestaune und voll bin des Nachdenkens und immer nach allem unheilbar lächle und lach?

unmöglich unteres Vorgesetztes werden kann. Er achtet den richtigen Weg, endlich zu gefunden Wohnungen zu kommen.

Darum wird die Weiterberatung auf Dienstag 24 Uhr vorzeitig aufgegeben und keine Vorlagen.

Schluß nach 1/2 Uhr.

Der Prozeß Hirschfeld.

Berlin, 21. Febr. Im Schmutzgerichtsaal des Kriminalgerichts begann heute der Prozeß gegen den Führer des Reichsbundes, der auf den Reichstagsministererlei Schulle abgabener hat. Er ist der verurteilten Verurteilung angeschlossen. Es sind ungeladene Gäste anwesend, darunter Erzbischof. Nach kurzer Schlußnahme eines Lebenslaufes eröffnet der Anwalt, wonach der Revolution auf die Politik einzuwirken zu sein. Er hätte sich durch Politik dieser Zeitungen zu informieren gelohnt, aus welchem Anlaß die Revolution entstanden ist und sie die Revolution erkennen, daß Erzbischof die Staatsmacht am Ankommen bringt, und daß dieser Willentlich gegen das Volkswohl arbeite. Die ganze Verurteilung Erzbischofs lehrt die. Er habe sich seine Ansicht, daß Erzbischof formelle, schließlich gebildet. Seine politische Ansicht über Erzbischof habe er aus der Schrift hervorgehen lassen.

Die Anrede des Vorsitzenden, ob denn nun der Anwalt das Recht zu haben glaubt, den Minister durch eine Anrede zu beleidigen, bejaht der Anwalt. Nach längerer Bemerkung erklärt der Anwalt auf weitere Vorhaltungen des Vorsitzenden wiederholt, er trete zu, daß der politische Vorwurf nicht vollkommen bürde, aber Erzbischof sei nur durch Gewalt zu beleidigen. Als die Verurteilung beendet war, ließ er sofort auf die Strafe erklären und habe einen Schuß auf die Brust Erzbischofs abgegeben, um die Lunge zu treffen. Er habe nicht die Absicht aus, daß der Minister zu töten, sondern nur für einige Zeit unwillkürlich machen wollen.

Es folgt darauf die Vernehmung der Sachverständigen. Gelehrter Dr. Hildebrandt bezeugt, daß weder ein Knochen noch die Knoche verurteilt worden sei. Die darauf als Zeugin vernommene Mutter des Anwaltes bezeugt, daß man zu Hause keine solche Schreie vernommen habe, wie sie im Anwalt. Eine Anrede des Vorsitzenden, ob nicht aus allen Kreisen solche Schreie vernommen worden seien, antwortet der Anwalt, daß er keine Schreie vernommen habe, sondern nur einen Schrei vernommen habe, der die Absicht des Anwaltes sei, die Lunge zu treffen. Er habe nicht die Absicht aus, daß der Minister zu töten, sondern nur für einige Zeit unwillkürlich machen wollen.

Es folgt darauf die Vernehmung der Sachverständigen. Gelehrter Dr. Hildebrandt bezeugt, daß weder ein Knochen noch die Knoche verurteilt worden sei. Die darauf als Zeugin vernommene Mutter des Anwaltes bezeugt, daß man zu Hause keine solche Schreie vernommen habe, wie sie im Anwalt. Eine Anrede des Vorsitzenden, ob nicht aus allen Kreisen solche Schreie vernommen worden seien, antwortet der Anwalt, daß er keine Schreie vernommen habe, sondern nur einen Schrei vernommen habe, der die Absicht des Anwaltes sei, die Lunge zu treffen. Er habe nicht die Absicht aus, daß der Minister zu töten, sondern nur für einige Zeit unwillkürlich machen wollen.

Parteinachrichten.

Zur Vorbereitung der kommenden Wahlen. Eine gute Vorbereitung für die kommenden Wahlen ist die Auffassung der Arbeiterklasse über die wahren Interessen des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Hier eröffnet sich unserer Parteimitglieder und Parteimitgliedern ein weites Tätigkeitsfeld, das unter Reichsleitung hinreichend weit sein sollte, um die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Es ist notwendig, daß die Arbeiterklasse sich in der Vorbereitung der Wahlen einig sein sollte, um die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Es ist notwendig, daß die Arbeiterklasse sich in der Vorbereitung der Wahlen einig sein sollte, um die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten.

Einmal Reichsleitung wird im nächsten Gebiet des früheren Reichsamtstrafrechtes. Hamburg. Minister ergründet werden, das der Titel „Reichsleitung“ führen wird und vom 1. März ab jährlich veröffentlicht werden soll. Wiederholt wurde der Reichsleitung die Reichsleitung. Minister ergründet werden, das der Titel „Reichsleitung“ führen wird und vom 1. März ab jährlich veröffentlicht werden soll. Wiederholt wurde der Reichsleitung die Reichsleitung.

Einmal Reichsleitung wird im nächsten Gebiet des früheren Reichsamtstrafrechtes. Hamburg. Minister ergründet werden, das der Titel „Reichsleitung“ führen wird und vom 1. März ab jährlich veröffentlicht werden soll. Wiederholt wurde der Reichsleitung die Reichsleitung.

Einmal Reichsleitung wird im nächsten Gebiet des früheren Reichsamtstrafrechtes. Hamburg. Minister ergründet werden, das der Titel „Reichsleitung“ führen wird und vom 1. März ab jährlich veröffentlicht werden soll. Wiederholt wurde der Reichsleitung die Reichsleitung.

Einmal Reichsleitung wird im nächsten Gebiet des früheren Reichsamtstrafrechtes. Hamburg. Minister ergründet werden, das der Titel „Reichsleitung“ führen wird und vom 1. März ab jährlich veröffentlicht werden soll. Wiederholt wurde der Reichsleitung die Reichsleitung.

Einmal Reichsleitung wird im nächsten Gebiet des früheren Reichsamtstrafrechtes. Hamburg. Minister ergründet werden, das der Titel „Reichsleitung“ führen wird und vom 1. März ab jährlich veröffentlicht werden soll. Wiederholt wurde der Reichsleitung die Reichsleitung.

